

Die Forderungen der Postbeamtenschaft.

Unter Teilnahme der Postbeamtenschaft ganz Oesterreichs, die durch zahlreiche Delegierte vertreten war, und zahlreicher Wiener Mitglieder fand dieser Tage hier die Generalversammlung des Postbeamtenvereins statt. Nach Genehmigung des Rechenschaftsberichtes wurde folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung beauftragt die Vereinsleitung, alle notwendigen Aktionen einzuleiten, um die durch die ungeheure Teuerung hervorgerufene Notlage der Postberlehrsbeamten abzumildern und deren Existenzmöglichkeit nach Beendigung des Krieges zu sichern. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben sich als durchaus unzulänglich erwiesen, und die Generalversammlung verlangt als Mindestausmaß der finanziellen Besserstellung die Erhöhung der Aktivitätsbezüge auf das doppelte Ausmaß, Zuerkennung von Familienzulagen, beziehungsweise Erziehungsbeträgen von 20 Prozent der Bezüge bei Aufhebung aller bisherigen Abzüge und Zahlung der Steuern durch die Staatsverwaltung sowie die doppelte Anrechnung der Kriegsjahre für die Vorrückung in höhere Bezüge und den Ruhegenuß. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhältnisse auch nach Friedensschluß einen baldigen Abbau der ungeheuer gestiegenen Preise nicht erwarten lassen, beauftragt sie die Vereinsleitung, alle Schritte zu unternehmen, die durch Selbsthilfe Schutz gegen den Preiswucher bieten können. Sie verlangt die Förderung großer Konsumentenorganisationen, deren Wirkungsbereich auch die ganze Provinz zu umfassen hat, eine großzügige Wohnungsfürsorge, obligatorische Krankenversicherung der Familienangehörigen, Errichtung von Refonvaleszentenhäusern unter staatlicher finanzieller Mithilfe.“